



Munich Personal RePEc Archive

The tasks of incomes policy in Keynesian employment policy: a draft

Hein, Eckhard

Freie Universität Berlin

1996

Online at <https://mpra.ub.uni-muenchen.de/19324/>

MPRA Paper No. 19324, posted 15 Dec 2009 18:01 UTC

**Diskussionsbeiträge
des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin**

Nr. 1996/18

Volkswirtschaftliche Reihe

**Die Aufgaben der Einkommenspolitik im Rahmen einer
keynesianischen Beschäftigungspolitik: Eine Skizze**

Eckhard Hein

ISBN 3-931258-56-4



**Diskussionsbeiträge
des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin**

Nr. 1996/18

Volkswirtschaftliche Reihe

**Die Aufgaben der Einkommenspolitik im Rahmen einer
keynesianischen Beschäftigungspolitik: Eine Skizze**

Eckhard Hein

Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte,
Altensteinstr. 34a, 14195 Berlin

ISBN 3-931258-56-4

Zusammenfassung

Die Aufgaben der Einkommenspolitik im Rahmen einer keynesianischen Beschäftigungspolitik: Eine Skizze

In neueren post-keynesianischen wirtschaftspolitischen Vorschlägen zur Überwindung von Stagnation und Massenarbeitslosigkeit wird auf die Notwendigkeit einer begleitenden Einkommenspolitik hingewiesen, ohne die Anforderungen an die Einkommenspolitik jedoch zu präzisieren. In diesem Papier werden daher ausgehend von den post-keynesianischen Verteilungstheorien Kaleckis und Kaldors die Anforderungen an die Einkommenspolitik bei einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik formuliert. Es wird zwischen der Unterauslastung und der Vollausslastung des Kapitalstocks unterschieden und es wird gezeigt, daß die Aufgaben der Einkommenspolitik nicht nur in der Vermeidung von Inflation - durch die Beschneidung der Lohnansprüche der abhängig Beschäftigten - zu suchen sind, sondern daß die Einkommenspolitik auch zu einer Stimulierung der privaten Investitionstätigkeit beitragen kann.

Abstract

The Tasks of Incomes Policy in Keynesian Employment Policy: A Draft

Recent post-keynesian proposals for an economic policy to overcome stagnation and mass unemployment also stress the necessity of incomes policy without precisely specifying the role of such a policy. Starting from the theories of distribution by Kalecki and Kaldor this paper therefore tries to draft the tasks for an incomes policy accompanying a successful employment policy. Here the utilization of the capital stock below normal is distinguished from full utilization and it is shown that incomes policy is not only needed to avoid inflation by means of wage controls. Under certain conditions incomes policy may also help to stimulate private investment.

JEL classification: E25, E64

1. Einleitung

In der gegenwärtigen Debatte um geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von ökonomischer Stagnation und Massenarbeitslosigkeit in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern wird von post-keynesianischer Seite meist ein Maßnahmenbündel vorgeschlagen, das die Steigerung der aggregierten Nachfrage durch eine international abgestimmte expansive Geld- und Fiskalpolitik, eine innovationsfördernde Strukturpolitik, die Reduktion der Arbeitszeit pro Beschäftigten sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik umfaßt (vgl. z.B. Hagemann 1996, Kalmbach 1996, Priewe 1996, 1996a). In Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Akteure und deren Zuständigkeiten wird zudem die Überwindung des neoklassischen "assignments", nach dem die Tarifparteien für die Höhe der Beschäftigung, die Geldpolitik der Zentralbank für das Preisniveau und die Finanzpolitik für ein adäquates Wirtschaftswachstum zuständig ist, gefordert und eine zwischen den wirtschaftspolitischen Akteuren abgestimmtes Vorgehen vorgeschlagen, da die von den jeweiligen Akteuren angewandten Instrumente nicht nur auf die ihnen zugeordneten Zielvariablen wirken (vgl. z.B. Kalmbach 1996, Kromphardt 1993, Krupp 1994). Im Rahmen dieser Vorschläge wird explizit oder implizit ebenfalls auf die Notwendigkeit einer Einkommenspolitik verwiesen, ohne daß jedoch die Rolle der Einkommenspolitik sowie ihre Grenzen und Möglichkeiten eingehend analysiert werden. Hier soll deshalb der Versuch unternommen werden, die Bedeutung der Einkommenspolitik im Rahmen einer am post-keynesianischen Modell orientierten Anti-Krisen-Politik zu präzisieren.

Unter Einkommenspolitik wird hierbei die Gestaltung der funktionalen Einkommensverteilung zum Zwecke der Erreichung bestimmter gesamtwirtschaftlicher Ziele,¹ wie z.B. einen hohen Grad der Beschäftigung, eine angemessene Wachstumsrate bei geringer Inflation und insbesondere die Vermeidung von inflationsbedingten Stabilisierungskrisen verstanden. Unter Einkommenspolitik sollen hierbei alle Formen der nicht-marktlichen Bestimmung von Löhnen, Preisen und Profiten subsumiert werden. Die Formen der Einkommenspolitik reichen daher von gesetzlichen Lohn- und Preiskontrollen, über staatliche indirekte Einflüsse auf die Lohn- bzw. Preisbestimmung ("moral persuasion") bis hin zur Bildung von Institutionen des "collective bargainings" - mit staatlicher Beteiligung (z.B. "konzertierte Aktion") oder ohne (z.B. zentrale oder dezentrale Tarifverhandlungen) (vgl. Crouch 1994).

Voraussetzung für eine wirtschaftspolitische Gestaltung der funktionalen Einkommensverteilung im Rahmen der Einkommenspolitik ist, daß - im Gegensatz zur neoklassischen

¹ Dies in Abgrenzung zur allgemeinen Verteilungspolitik, die sich auch mit Fragen der Gerechtigkeit und sozialen Verträglichkeit der personellen und der funktionalen Einkommensverteilung zu befassen hat.

Sichtweise - die funktionale Einkommensverteilung in kapitalistischen Marktwirtschaften nicht als eindeutiges Marktergebnis interpretiert werden kann, das sich durch die Kräfte von Angebot und Nachfrage auf den Faktormärkten einstellt. Eine symmetrische Behandlung von Güter- und Faktormärkten wie in der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie, in der auch auf den Faktormärkten simultan Gleichgewichtspreise und Gleichgewichtsmengen - und so die Einkommensverteilung - bestimmt werden, ist nach den Resultaten der Kapitalkontroverse außerhalb der Ein-Gut-Ökonomie theoretisch nicht aufrechtzuerhalten. Zum Zwecke der Bestimmung der Gleichgewichtspreise auf den Gütermärkten muß demnach die funktionale Einkommensverteilung vorausgesetzt werden, Preis- und Verteilungstheorie müssen also getrennt werden.²

Die Tatsache, daß die funktionale Einkommensverteilung kein auf den Faktormärkten bestimmtes Marktergebnis ist, und die damit verbundene Möglichkeit ihrer wirtschaftspolitischen Gestaltung bedeutet jedoch nicht, daß die Einkommensverteilung unabhängig von den Makro-Resultaten einer kapitalistischen Marktökonomie ist und keinen Einfluß auf die Höhe von Einkommen, Beschäftigung und Wachstum ausübt. Dieses soll im folgenden im Rahmen einer an einem einfachen post-keynesianischen Modell orientierten Diskussion gezeigt werden. Hierbei wird auf die explizite Betrachtung von außenwirtschaftlichen Aspekten der Einkommensverteilung und der Einkommenspolitik³ genauso verzichtet wie auf die explizite Berücksichtigung der Einflüsse des strukturellen Wandels⁴. Die modell-

² Faktorpreise können so nicht als Knappheitsindices interpretiert werden. Hiermit ist gleichzeitig ausgeschlossen, daß die Höhe der Beschäftigung in neoklassischer Manier durch die Herausbildung eines Reallohnsatzes am Arbeitsmarkt bestimmt wird. Selbst wenn ein vollbeschäftigungskonformer Reallohnsatz theoretisch abgeleitet werden könnte, so stellt sich aus keynesianischer Perspektive zudem die Frage, ob sich dieser Reallohnsatz in einer Geldökonomie über einen Marktprozeß tatsächlich einstellen kann, da am Arbeitsmarkt lediglich der Nominallohnsatz bestimmt wird. Die Beschäftigung mit Vorschlägen für eine "share-economy", wie sie z.B. von Weitzman (1985, 1985a) formuliert wurden, der einen Ersatz fixer Lohnzahlungen durch ein Beteiligungssystem, in dem die Arbeiter neben einem fixen Betrag einen Anteil an den Umsätzen oder den Gewinnen der Unternehmen erhalten, vorschlägt, liegt daher außerhalb der hier vorzunehmenden Analyse. Grundannahme der von Weitzman präsentierten Vorstellung ist nämlich, daß erstens die Höhe der Beschäftigung durch die Reallohnbildung am Arbeitsmarkt bestimmt wird und daß zweitens ein vollbeschäftigungskonformer Reallohnsatz existiert. Es ist daher die mangelnde Reallohnflexibilität, die dort als Ursache für Unterbeschäftigung ausgemacht wird und die durch die "share-economy" überwunden werden soll. Zur Darstellung und Kritik vgl. auch Rothschild (1986/87, 1989).

³ Hierbei wären insbesondere die Einflüsse der "terms of trade" auf die Einkommensverteilung zu diskutieren. Kalecki (1956) geht bekanntlich davon aus, daß eine Verbesserung der "terms of trade" für die entwickelten Industrieländer und eine hierdurch erfolgte Senkung von Rohstoffkosten die Konstanz der funktionalen Einkommensverteilung trotz eines durch die Oligopolisierung begründeten Anstiegs des Monopolgrades und damit des Mark-ups ermöglichte. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die Unternehmen die gesamten variablen Stückkosten, d.h. auch die Rohstoffkosten und nicht nur die Lohnkosten - wie in unserer vereinfachten Darstellung -, zur Grundlage für die Mark-up Preissetzung machen. Vgl. hierzu auch die Darstellung in Krämer (1996, S. 218 ff.).

⁴ Bei strukturellem Wandel verändern sich die Gewichte, mit denen die Verteilung in den einzelnen Sektoren in die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung eingehen. Unterstellt man nun realistischerweise, daß sich die Lohn- bzw. Profitquoten der einzelnen Sektoren unterscheiden, so geht allein vom Strukturwandel ein eigenständiger Einfluß auf die aggregierte funktionale Einkommensverteilung aus.

hafte Diskussion bleibt im Rahmen einer geschlossenen Ein-Sektoren-Ökonomie. Die Probleme, die sich im Hinblick auf die konkrete Ausgestaltung der Einkommenspolitik ergeben, können am Ende nur kurz gestreift werden.

2. Einkommenspolitik im Spannungsfeld von Einkommensentstehung, Einkommensverwendung und Einkommensverteilung

In dem hier unterstellten post-keynesianischen Modell ist die funktionale Einkommensverteilung langfristig zwischen den sozio-ökonomischen Klassen umkämpft.⁵ Die Investitionen erfolgen auch in der langen Frist unabhängig vom Sparen und werden durch Kredite finanziert, die vom Bankensektor aus dem Nichts geschöpft werden können und dem Unternehmensektor zu einem gegebenen Zinssatz zur Verfügung stehen (vgl. z.B. Lavoie 1993). Es wird im Hinblick auf den Einkommensentstehungsprozeß damit die Endogenität der Geld- und Kreditmenge und die Exogenität des Zinssatzes unterstellt. Positive Nettoinvestitionen setzen dabei voraus, daß die erwartete Profitrate den in der Geldsphäre bestimmten Zinssatz übersteigt. In Anlehnung an die Arbeiten von Kalecki (1956) und Steindl (1952) wird zudem davon ausgegangen, daß der industrielle Sektor der Ökonomie, um dessen Betrachtung es hier geht, in der Regel unterhalb der Vollauslastungsgrenze produziert. Die Arbeitsproduktivität bei gegebener Technik ist bei Nichtberücksichtigung von "overhead-labour" bis zur Vollauslastungsgrenze konstant, so daß konstante variable Stückkosten bis zur Kapazitätsgrenze vorliegen.

2.1. Die Bestimmung der funktionalen Einkommensverteilung aus post-keynesianischer Perspektive

Nimmt man mit Kalecki (1956) nun an, daß die Unternehmen im Rahmen einer Mark-up Preissetzung einen Aufschlag auf die bis zur Kapazitätsgrenze konstanten variablen Stückkosten schlagen, so ist hierdurch für den Fall eines Unterauslastungsgleichgewichts die funktionale Einkommensverteilung durch die Höhe des Mark-ups gegeben. Schreibt man Y^r für das reale Sozialprodukt, p für das Preisniveau, Y für das nominale Sozialprodukt, k für den Aufschlagsatz, w für den am Arbeitsmarkt bestimmten Nominallohnsatz, L für die Anzahl der beschäftigten Arbeiter bzw. für die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden, W

⁵ Da der sozio-ökonomische Kampf um die Einkommensverteilung ein hervorstechendes Merkmal kapitalistischer Marktökonomien ist, handelt es sich bei den unten zu skizzierenden "Verteilungsgleichgewichten" nicht um natürliche Zustände oder stabile Konstellationen, die durch die Kräfte des Marktes erzeugt werden. "In a way, then, 'disequilibrium' in a wider sense is an almost 'natural' state in the distribution sphere. Even if we have an equilibrium situation as far as the parameters of the theoretical frame are concerned, it will always be a precarious balance of social and economic forces with each side on the look-out for achieving (aggressively) or preventing (on the defense) changes in the situation." (Rothschild 1984/85, S. 588)

für die Lohnsumme, π für die Profitsumme, y für die Arbeitsproduktivität, u für den Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten, so erhält man:

$$(1) \quad pY^r = kW, \quad k > 1,$$

$$(2) \quad p = kW/Y^r = kw/y, \\ dk/du = 0 \text{ für } u < 1, \quad dk/du > 0, \text{ für } u > 1.$$

Für die Lohnquote (z) und die Profitquote (h) ergibt sich hieraus:

$$(3) \quad z = W/Y = w/(py) = 1/k,$$

$$(4) \quad h = \pi/Y = 1 - z = 1 - 1/k.$$

Die Einkommensverteilung ist bis zur Vollauslastung unabhängig vom sich einstellenden Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten und damit vom Niveau der effektiven Nachfrage. Die Größe des Mark-ups, durch den die Einkommensverteilung vorgegeben ist, wird nach Kalecki (1956) durch die Wettbewerbsverhältnisse auf den Gütermärkten, d.h. durch den Monopolgrad, sowie durch die Stärke der Gewerkschaften bestimmt.⁶ Der Mark-up drückt allgemein die Fähigkeit eines Unternehmens oder eines Produktionszweiges aus, gegenüber Konkurrenten und Arbeitern einen bestimmten Profitanspruch durchzusetzen.

Bei gegebenen Produktionsbedingungen und einem sich im Gleichgewicht durch das Niveau der effektiven Nachfrage durchsetzenden Auslastungsgrad muß der Mark-up nun hinreichen, um den Unternehmen eine Mindestprofitrate, die durch den monetären Zinssatz vorgegeben ist, zu sichern, da ansonsten langfristig keine Veranlassung zur Aufrechterhaltung der Produktion besteht.⁷ Für den Zusammenhang von Mark-up und Profitrate (r) gilt dabei:

$$(5) \quad r = [1 - (1/k)] u/v,$$

wobei v für das Verhältnis von Kapitalstock zu Vollauslastungsoutput, d.h. für den Kapitalkoeffizienten, steht.

⁶ Arestis (1996) nennt vier Faktoren, die die Höhe des Mark-ups beeinflussen: den Substitutionseffekt bei Preisveränderungen, den Marktzutrittsseffekt, die Gefahr von staatlichen Preiskontrollen, sowie die Stärke der Gewerkschaften, auf Preiserhöhungen mit entsprechenden Lohnforderungen zu reagieren.

⁷ Vgl. hierzu auch Riese (1986, S. 75), der die Höhe des Mark-ups durch den Zwang zur Aneignung eines Güterzinses erklärt, der durch die Liquiditätsprämie der Geldhaltung, d.h. durch den Geldzins, bestimmt ist, hierbei allerdings dem Grad der Kapazitätsauslastung als entscheidender Ko-Determinante der Profitrate keine Aufmerksamkeit schenkt.

Im Falle einer Unterauslastungskonstellation werden Nachfrageveränderungen durch Mengenreaktionen der Unternehmen beantwortet, so daß sich keine Preis- und Verteilungseffekte ergeben. Dieses ändert sich jedoch, sobald die Kapazitätsgrenze erreicht wird. Hier kann auf Nachfrageerhöhungen nicht mehr durch Mengenerhöhungen reagiert werden, und es kommt daher zu Preiserhöhungen auf den Gütermärkten. Hierdurch wird nun der Mark-up und damit die funktionale Einkommensverteilung zu einer Abhängigen der effektiven Nachfrage. An die Stelle der kaleckianischen Mark-up-Theorie der funktionalen Einkommensverteilung tritt bei Vollauslastung des Kapitalstocks die kaldorianische Kreislauftheorie.

Unterstellt man mit Kaldor (1955/56), daß die Sparquote aus den Löhnen (s_w) geringer ist als die Sparquote aus den Profiten (s_π),⁸ so ist auch in einer vollausgelasteten Ökonomie die Anpassung des Sparens an die Investitionen durch eine Umverteilung des Einkommens prinzipiell möglich. Die Investitionsquote bestimmt unter diesen Bedingungen die funktionale Einkommensverteilung:

$$(6) \quad 1 - 1/k = h = \{[1 / (s_\pi - s_w)] (I/Y)\} - [s_w / (s_\pi - s_w)],$$

mit $s_w < I/Y < s_\pi$.

Die Einkommensverteilung paßt sich bei Vollauslastung der Produktionskapazitäten durch die Variation des Preisniveaus auf den Gütermärkten - bei relativer Konstanz der Nominallohnsätze - an die durch die Investitionstätigkeit der Unternehmen und die funktionalen Sparquoten vorgegebene Einkommensverwendung an.⁹

Damit die private Investitionstätigkeit langfristig aufrechterhalten bleibt, muß zudem die Investitionsquote hinreichen, um die durch den Geldzinssatz gegebene Mindestprofitrate zu erzielen. Kommt es bei einer Abweichung der Profitrate vom Geldzinssatz zu einer Beschleunigung bzw. Reduktion der Investitionen, so wird durch den kaldorianischen Verteilungsmechanismus trotz der Existenz eines stabilen Gütermarktgleichgewichts kein stabiles Verteilungsgleichgewicht festgelegt, sondern es ergeben sich vielmehr kumulative Pro-

⁸ Hinter der Annahme einer höheren Sparquote aus Profiten als aus Löhnen verbirgt sich weniger die von Keynes (1936) vorgebrachte verhaltenstheoretische Hypothese eines mit steigendem Einkommen abnehmenden Konsumhanges der Haushalte, sondern vielmehr die Überlegung, daß ein Großteil der Profite gar nicht an die Haushalte ausgeschüttet wird, sondern von den Unternehmen einbehalten wird.

⁹ Damit der Anpassungsprozeß bei einer Variation der Investitionen in ein stabiles Gütermarktgleichgewicht mündet, muß für den Fall, daß die Investitionsentscheidungen positiv von der Profitquote beeinflusst werden, unterstellt werden, daß die Investitionsquote weniger elastisch auf eine Veränderung der Profitquote reagiert als die gesamtwirtschaftliche Sparquote, die sich als gewichtetes Mittel aus der Sparquote aus Lohneinkommen und der Sparquote aus Profiten ergibt.

zesse, in denen sich die Profitrate auf Grund einer Beschleunigung bzw. einer Reduktion der Investitionen zunehmend vom Geldzinssatz entfernt (vgl. Riese 1981).¹⁰

2.2. Expansive Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung: Mögliche Anpassungsprozesse und die Konsequenzen für die Einkommenspolitik

Ausgehend von der optimistischen Annahme, daß es einer expansiv orientierten Geld- und Finanzpolitik tatsächlich gelingt, die privaten Investitionen zu stimulieren, werden im folgenden die Konsequenzen für die Einkommenspolitik formuliert, wobei von den oben entwickelten Determinanten der Einkommensverteilung bei Unterauslastung bzw. bei Vollausslastung des Kapitalstocks ausgegangen wird.¹¹

2.2.1. Einkommenspolitik bei unterausgelastetem Kapitalstock

In der Unterauslastungs-Unterbeschäftigungskonstellation hat eine Erhöhung der Investitionen im Rahmen einer expansiven Wirtschaftspolitik keine Preis- und Verteilungswirkungen, sondern zeitigt nur Mengeneffekte und führt daher zu einem höheren Niveau von realem Sozialprodukt und Beschäftigung. Soweit der höhere Beschäftigungsgrad die Gewerkschaften nicht zu dem Versuch veranlaßt, eine höhere Lohnquote durchzusetzen, ergeben sich keine aus Inflationsgefahren resultierenden Handlungsnotwendigkeiten für die Einkommenspolitik. Orientiert sich die Steigerungsrate der Nominallohnsätze an der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität und an der erwarteten Inflationsrate, so kommt bei Mark-up Preissetzung diese Inflationsrate auch tatsächlich zustande, wird also durch ein Expansionsprogramm nicht beschleunigt. Die funktionale Einkommensverteilung bleibt hier konstant. Die Profitrate steigt auslastungsbedingt an, wodurch die Differenz zwischen Profitrate und Zinssatz zunimmt und eine zusätzliche Beschleunigung der privaten Investitionen verursacht.

¹⁰ Für Riese (1981) setzt ein langfristig stabiles Gleichgewicht denn auch zwingend notwendig ein Doppelgleichgewicht voraus, in dem sowohl Zinssatz und Profitrate als auch Investitionen und Sparen übereinstimmen. Allerdings bleibt unklar, wie die Koexistenz von Vermögensmarkt- und Gütermarktgleichgewicht theoretisch einwandfrei abgeleitet werden kann.

¹¹ Ist die funktionale Einkommensverteilung für die Unterauslastungskonstellation durch die Höhe des Mark-ups und für die Vollausslastungssituation durch die Einkommensverwendung bestimmt, so bleibt sie unter der Voraussetzung konstant, daß ceteris paribus die Wachstumsrate des Nominallohnes der Summe der Wachstumsraten von Preisniveau und Arbeitsproduktivität entspricht. Steigt der Nominallohnsatz mit einer höheren Rate als die Arbeitsproduktivität, so bedeutet dies, daß ein Anstieg des Preisniveaus erforderlich ist, um eine gegebene funktionale Einkommensverteilung aufrechtzuerhalten. Eine Konstanz der funktionalen Einkommensverteilung ist also gleichbedeutend damit, daß Reallohnsatz und Arbeitsproduktivität mit derselben Rate wachsen. Für den Zusammenhang der Wachstumsraten von Preisniveau (g_p), Nominallohnsatz (g_P), Reallohnsatz (g_{wr}), Arbeitsproduktivität (g_y) und Lohnquote (g_z) gilt: $g_z = g_w - g_p - g_y = g_{wr} - g_y$.

Gelingt es den Gewerkschaften hingegen, infolge eines höheren Beschäftigungsgrades durch eine aggressive Lohnpolitik eine Nominallohnsatzsteigerung durchzusetzen, die die Summe aus Produktivitätswachstum und erwarteter Inflationsrate übersteigt, so hat dies je nach Überwälzungsmöglichkeiten der Unternehmen, die allgemein von den Wettbewerbsverhältnissen auf den Gütermärkten abhängen, entweder einen entsprechenden Anstieg des Preisniveaus oder einen Anstieg der Lohnquote zur Folge, oder eine Kombination aus beiden. Folgt man den Untersuchungen Sylos-Labinis, so ist empirisch keine vollständige Überwälzung von Lohnstückkostenerhöhungen auf die Preise zu beobachten (vgl. hierzu Krämer 1996, S. 236 ff.). Der Grad der Überwälzung hängt demnach insbesondere vom Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft ab. Da Lohnkosten sich auf nationaler Ebene bilden, ergeben sich für Unternehmen einer offenen Volkswirtschaft auf Grund der internationalen Konkurrenz - anders als z.B. bei Veränderung der Kosten für Rohstoffe, für die international gültige Preise unterstellt werden können - geringere Überwälzungsmöglichkeiten als für Unternehmen einer eher geschlossenen Ökonomie. In einer Volkswirtschaft mit einem hohen Offenheitsgrad bestehen demnach durchaus Möglichkeiten für die Gewerkschaften, die Höhe des Reallohns zu beeinflussen.

Bei einer vollständigen Überwälzung der über das Produktivitätswachstum hinausgehenden Lohnerhöhung auf die Preise kommt es zu keiner Verbesserung der Verteilungsposition der Lohneinkommensbezieher. Nehmen diese das nicht hin, so kann hieraus ein kumulativer Inflationsprozeß resultieren, der den Eingriff der Zentralbank in Gestalt einer Zinssatzerhöhung erzwingt und so eine Stabilisierungskrise mit ihren negativen Konsequenzen für Investitionen und das Niveau der Beschäftigung auslöst. Um dieses zu vermeiden, sollte hier mit Hilfe der Einkommenspolitik versucht werden, die Nominallohnsatzsteigerungen zu begrenzen.

Gelingt es den Unternehmen nicht, die über das Produktivitätswachstum hinausgehenden Nominallohnsatzsteigerungen komplett auf die Preise zu überwälzen, so erfolgt eine Senkung des Mark-ups und damit der Profitquote. Hier sind nun die Einflüsse einer Verteilungsänderung auf die Investitionsentscheidungen der Unternehmen abzuschätzen, um die Anforderungen an die Einkommenspolitik zu formulieren.

Geht man mit Bhaduri/Marglin (1990) davon aus, daß die Investitionsentscheidungen der Unternehmen im wesentlichen von der erwarteten Profitrate bestimmt werden, so bedeutet dies, daß sie bei Abstraktion von technischem Wandel zum einen von der Entwicklung der Profitquote und zum anderen von der Entwicklung des Auslastungsgrades der Produktionskapazitäten abhängen. Eine Erhöhung der Lohnquote hat nun einen widersprüchlichen Ein-

fluß auf Investitionen, Auslastungsgrad und Profitrate im Gleichgewicht, da einerseits durch die Kostenentwicklung ein negativer Einfluß auf die Investitionsentscheidungen ausgeht, andererseits aber die Einkommensumverteilung zu Gunsten der Lohneinkommen, aus denen weniger gespart wird als aus den Gewinnen, zu einem Anstieg der Konsumnachfrage führt, der die Investitionen wiederum stimuliert. Es lassen sich daher mit Bhaduri/Marglin (1990) die in Abbildung 1 aufgeführten Akkumulationsregimes identifizieren, die sich durch die Reaktionen von Auslastungsgrad, Wachstumsrate des Kapitalstocks und Profitrate auf eine Veränderung der Einkommensverteilung unterscheiden.¹²

Abbildung 1: Auslastungsgrad, gleichgewichtige Akkumulationsrate und Profitrate bei Variation der Profitquote im Bhaduri/Marglin-Modell

Regime	du/dh	dg/dh	dr/dh
"exhilaration"	+	+	+
Antagonistische Stagnation	-	+	+
Kooperative Stagnation	-	-	-

In der von Bhaduri/Marglin als "exhilaration-Regime" bezeichneten Konstellation führt eine Umverteilung zu Gunsten der Lohneinkommen zur Senkung der Investitionen, der Profitrate und des Auslastungsgrades im neuen Gleichgewicht.¹³ Liegt ein "exhilaration-Regime" vor und setzen die abhängig Beschäftigten infolge einer expansiv wirkenden Geld- und Finanzpolitik eine Verbesserung ihrer Verteilungsposition durch, so werden die ursprünglichen expansiven Impulse durch die negativen Wirkungen der Verteilungsänderung auf die privaten Investitionen neutralisiert. Die Einkommenspolitik hätte hier die Aufgabe, den Anstieg der Lohnquote zu verhindern bzw. einen Rückgang der Lohnquote zu erzwingen.

Im "antagonistischen Stagnationsregime" zieht eine Profitquotensenkung zwar geringere Investitionen und eine geringere Profitrate nach sich, der Auslastungsgrad der Produktions-

¹² Zur ausführlichen Darstellung auch der mathematischen Bedingungen für die jeweiligen Regimes vgl. auch Hein (1996, Kap. C.III).

¹³ Im "exhilaration-Regime" dominiert die Verteilungsvariable die Investitionsentscheidungen, die Einflüsse des Auslastungsgrades sind eher klein. Die Sparquote aus Profiten ist relativ gering, so daß eine Einkommensumverteilung keine großen Einflüsse auf die konsumtive Nachfrage hat.

kapazitäten steigt im neuen Gleichgewicht jedoch aufgrund des verteilungsbedingten Anstiegs der Konsumnachfrage an. Die Einkommenspolitik muß sich hier zwischen einer Steigerung von Auslastungsgrad und Beschäftigung und einer Steigerung der Investitionen entscheiden. Eine Hinnahme des Anstiegs der Lohnquote steht zwar kurzfristig nicht im Gegensatz zu einem höheren Beschäftigungsniveau, restringiert allerdings die Investitionen und damit den Kapazitätsaufbau und hat so einen negativen Einfluß auf die langfristige Entwicklung der Ökonomie. Eine langfristig höhere Akkumulationsrate durch Senkung der Lohnquote muß hingegen durch einen kurzfristigen Verlust von Beschäftigung "erkauft" werden.

Im "kooperativen Stagnationsregime" sorgt ein Rückgang der Profitquote für einen Anstieg von Investitionen, Auslastungsgrad und Profitrate im neuen Gleichgewicht.¹⁴ Eine Umverteilung zugunsten der Lohneinkommen wirkt hier also in dieselbe Richtung wie eine expansive Geld- und Finanzpolitik und kann diese daher unterstützen.

In der Unterauslastungs-Unterbeschäftigungskonstellation hat die Einkommenspolitik also nicht nur die Aufgabe, eventuelle Wirkungen eines höheren Beschäftigungsgrades auf die Preisniveauentwicklung zu moderieren, sondern sie kann durch Veränderungen der funktionalen Einkommensverteilung Einfluß auf die private Investitionstätigkeit nehmen und eine expansive Wirtschaftspolitik von der Verteilungsseite unterstützen. Dieses setzt allerdings voraus, daß die Wirtschaftspolitik das zugrundeliegende Akkumulationsregime einwandfrei zu identifizieren vermag.¹⁵

2.2.2. Einkommenspolitik bei volllausgelastetem Kapitalstock

Wird im Rahmen einer expansiven Wirtschaftspolitik die Volllauslastung des Kapitalstocks erreicht, so erfordert eine Steigerung der Investitionsquote eine Einschränkung der gesamt-

¹⁴ Im "kooperativen Stagnationsregime" ist der Einfluß der Verteilungsvariablen auf die Investitionsentscheidungen im Vergleich zur Auslastungsvariablen eher gering, gleichzeitig liegt eine hohe Sparquote aus Profiten vor, so daß eine Einkommensumverteilung zugunsten der Lohneinkommen zu einer deutlichen Steigerung der Konsumnachfrage führt, wodurch über einen steigenden Auslastungsgrad die Investitionsnachfrage deutlich belebt wird.

¹⁵ Marglin/Bhaduri (1990) zufolge sind die tiefe Rezession in der Mitte der 70er Jahre und die stagnativen Erscheinungen bis zum Beginn der 80er Jahre in den entwickelten Industrieländern ein Indiz für den Übergang von einem kooperativen Stagnationsregime, das von den 50er Jahren bis zum Ende der 60er vorherrschte, in ein antagonistisches Stagnationsregime. Im Gegensatz zum "wage-led growth" der 50er und 60er ergibt sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eine Situation, in der der Rückgang der Profitquote von einem Rückgang der Wachstumsrate des Kapitalstocks begleitet war. In den 80er Jahren scheint sich allerdings die Rückkehr eines kooperativen Stagnationsregimes anzudeuten, ohne daß die Kooperationsmöglichkeiten jedoch genutzt wurden. Ein Anstieg der Profitquote geht hier nämlich mit einem deutlichen Rückgang der Wachstumsrate des Kapitalstocks einher (vgl. Hein/Krämer 1996).

wirtschaftlichen Konsumquote. Sind die Sparneigungen aus Lohneinkommen bzw. aus Profiten gegeben, so kann diese Konsumreduktion nur durch eine Senkung der Lohnquote erfolgen. Nehmen die Arbeiter und ihre Gewerkschaften dieses hin, so ergeben sich hier keine weiteren Handlungsnotwendigkeiten für die Einkommenspolitik. Im Verlaufe des Anpassungsprozesses kommt es solange zu einer Steigerung des Preisniveaus, bis das neue Gütermarktgleichgewicht mit einer geringeren Lohnquote erreicht ist. Da in diesem Prozeß die Profitrate ansteigt und die Differenz zwischen Profitrate und Zinssatz daher zunimmt, ist hier gleichzeitig die Geldpolitik gefordert, durch eine moderate Zinserhöhung eine weitere Beschleunigung der Investitionen und einen kumulativen Inflationsprozeß, der sich auch bei einem Gütermarktgleichgewicht einstellen würde, zu verhindern.

Im Gegensatz zur Annahme bei Kaldor (1955/56), der zusätzlich zur Vollausslastung des Kapitalstocks auch die Vollbeschäftigung der Arbeiter unterstellt, setzt der oben skizzierte Einkommensumverteilungsprozeß allerdings einen hohen Grad der Unterbeschäftigung voraus, der die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften begrenzt und die Arbeiter daher zwingt, eine Reduktion der Lohnquote zu akzeptieren. Liegt hingegen ein hoher Beschäftigungsgrad vor, so ist nicht unbedingt einsichtig, warum die Arbeiter und ihre Gewerkschaften hier eine Reduktion der Lohnquote hinnehmen sollten. Sie werden vielmehr versuchen, die Verteilungsrelationen konstant zu halten oder sie durch eine aggressive Lohnpolitik zu ihren Gunsten zu verschieben. Es kommt dann nach einer Erhöhung der Investitionsausgaben zu einem kumulativen Inflationsprozeß, der wechselseitig von der Übernachfrage auf den Gütermärkten und von den Nominallohnsteigerungen auf dem Arbeitsmarkt angestoßen wird.¹⁶

Hier ist die Einkommenspolitik gefordert, um eine durch drastische Zinssatzerhöhungen ausgelöste Stabilisierungskrise, die von der Zentralbank zwecks Erhaltung des Geldsystems eingeleitet werden muß, zu verhindern. Ansonsten käme es bei einer expansiven Lohnpolitik und einer restriktiven Geldpolitik, die dann die privaten Investitionen restringiert, zwangsläufig zur Stagflation.¹⁷ Um diese zu vermeiden, kommt der Einkommenspolitik hier die Aufgabe zu, Verwendungs- und Verteilungsseite des Sozialproduktes in Übereinstimmung zu bringen, indem in Anbetracht der erwarteten Wachstumsraten von Preisniveau und

¹⁶ Darauf, daß für die Inflation als kontinuierlichen Prozeß sowohl eine Übernachfrage auf den Gütermärkten als auch der Verteilungskampf auf dem Arbeitsmarkt vorliegen muß, weist Riese (1986, S. 82 ff.) hin. Beide Ursachen sollten also nicht, wie in der üblichen Unterscheidung von "cost-push"- und "demand-pull"-Theorien, voneinander getrennt werden, da erst ihre Wechselwirkung einen kumulativen Inflationsprozeß verursacht.

¹⁷ Wie Riese (1986, S. 202 ff.) zeigt, ist die Stagflation ein erstes Resultat des staatlichen Eingriffes in den Marktprozeß. In der Stagflation trifft eine auf dem Lohn-Preis-Mechanismus beruhende Inflation auf eine Gewinndeflation, die auf einem negativen oder zurückgehenden Investitions-Profit-Mechanismus beruht. Hier ist dann eine dauerhafte Depression mit ansteigender Arbeitslosigkeit erforderlich, um den Lohn-Preis-Mechanismus zu brechen.

Arbeitsproduktivität die Nominallohnsatzentwicklung begrenzt wird und damit eine mit der Einkommensverwendung kompatible Lohnquote hergestellt wird.¹⁸ Zusätzlich ist auch bei erfolgreicher Einkommenspolitik ein moderater Zinsanstieg, der durch die Geldpolitik zu erzwingen ist, erforderlich, um eine Beschleunigung der Investitionen, die sich aus der Auseinanderentwicklung von Profitrate und Zinssatz ergibt, zu verhindern.

Eine solche Form der Einkommenspolitik bürdet jedoch den Lohnbeziehern einen Einkommens- und Konsumverzicht auf, um damit ein höheres Investitionsniveau und einen zukünftig größeren Kapitalstock zu ermöglichen, ohne ihnen eine Entscheidung über die Verwendung des Kapitalstocks und eine Beteiligung an dessen Erträgen zu gewähren (vgl. Nuti 1972). Alternativ zu einer direkt auf die Einkommensverteilung zielenden Politik kommt allerdings auch eine Politik der Beeinflussung der Einkommensverwendung in Frage, die eine Erhöhung der Sparquote aus Profiten bzw. aus Löhnen zum Ziele hat, um den Inflationsdruck von den Gütermärkten zu nehmen. Dieses kann zum einen durch eine steuerliche Begünstigung von einbehaltenen Profiten oder durch die Einführung von Investivlöhnen¹⁹ geschehen.

2.3. Zu den Problemen der Einführung von Einkommenspolitik

Die oben entwickelten Aufgaben der Einkommenspolitik wurden unter der stark vereinfachenden Annahme einer geschlossenen Ein-Sektoren-Ökonomie entwickelt. In der Realität hat man es aber mit einer Mehr-Sektoren-Ökonomie zu tun, in der die verschiedenen Sektoren einen unterschiedlichem Grad der Kapazitätsauslastung sowie unterschiedliche Produktivitätssteigerungsraten aufweisen.

Es treten daher die beiden oben zum Ausgangspunkt der Argumentation gewählten Fälle in reiner Form realistischerweise nicht auf. Vielmehr ist von einer Koexistenz von Produktionszweigen, deren Kapitalstock noch unterausgelastet ist, und Sektoren, die bereits an der Kapazitätsgrenze produzieren, auszugehen. Bei einer expansiven Wirtschaftspolitik sind daher immer Mengeneffekte sowie gleichzeitig Preis- und damit Verteilungseffekte zu erwarten. Soweit diese Preis- und Verteilungseffekte eindeutig auf Kapazitätsgrenzen

¹⁸ Layard (1982) zufolge ist die Stagflation in der zweiten Hälfte der 70er Jahre darauf zurückzuführen, daß die Gewerkschaften trotz zurückgehender Produktivitätswachstumsraten anhaltend hohe Nominallohnsatzsteigerungen durchsetzen konnten, die dann einen Inflationsprozeß begründeten. Um diesen zu brechen war ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Mitte der 70er Jahre erforderlich. Dieser hätte durch eine die Verteilungsansprüche der abhängig Beschäftigten begrenzende Einkommenspolitik vermieden werden können.

¹⁹ Investivlohnkonzepte sehen vor, daß ein Teil der Lohneinkommen in den Unternehmen verbleibt und so zwangsweise gespart wird (vgl. Külp 1994, S. 297 ff., Oberhauser 1996).

zurückzuführen sind, sind sie von der Einkommenspolitik hinzunehmen. Ein hierdurch implizierter Rückgang der Lohnquote ist durch den Zwang zur Durchsetzung einer höheren gesamtwirtschaftlichen Sparquote begründet. Begründet sich die Preisniveausteigerung hingegen vorwiegend durch Preiserhöhungen in unterausgelasteten Produktionszweigen, z.B. durch einen Anstieg des hier vorherrschenden Monopolgrades, so muß die Einkommenspolitik entscheiden, ob sie die hiermit verbundene Verteilungsänderung toleriert, indem sie deren Wirkung auf die Investitionstätigkeit - entsprechend der oben vorgenommenen Differenzierung von Akkumulationsregimes - berücksichtigt.

In einer Mehr-Sektoren-Ökonomie stellt sich weiter die Frage, ob die einkommenspolitische Gestaltung der Lohnentwicklung die durchschnittliche gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Produktivität zugrunde legen und sich auf die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung beziehen soll, oder ob vielmehr branchenspezifische oder gar firmenspezifische Einkommenspolitiken entwickelt werden sollten. Gegen eine Firmen- bzw. Branchenorientierung spricht hierbei, daß dadurch zum einen der Produktivitätswettbewerb innerhalb einer Branche verlangsamt wird und gleichzeitig der Strukturwandel zwischen den Branchen gehemmt wird, indem Betriebe bzw. Branchen mit einem geringen Produktivitätswachstum durch niedrige Lohnkosten subventioniert werden (vgl. Kalmbach 1991). Eine an durchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen ökonomischen Größen orientierte Einkommenspolitik, die dann eine relativ egalitäre Lohnstruktur für gleiche Typen von Arbeitsplätzen zur Folge hat, kann daher umgekehrt zur Stärkung von Produktivitätswachstum und Strukturwandel beitragen.²⁰

Zuletzt stellt sich das Problem der wirtschaftspolitischen Durchsetzung der formulierten Verteilungsziele. Soweit sich direkte und indirekte Maßnahmen nur auf die Lohnentwicklung beziehen, sind auf Grund der unternehmerischen Preissetzungsfähigkeit die Wirkungen auf das Preisniveau und damit die funktionale Einkommensverteilung theoretisch unbestimmt. Auch empirisch erweist sich das vermeintliche Gesetz von der langfristigen Konstanz der Lohnquote (Bowley's Law), auf das sich der Versuch der Steuerung des Preisniveaus über die Lohnpolitik verlassen muß, als unhaltbar (vgl. Hein/Krämer 1996, Krämer 1996). Eine effektive Einkommenspolitik sollte daher sowohl auf die Lohn- als auch die Preisentwicklung einwirken. Neben administrativen Lohn- bzw. Preisstopps und Lohn- bzw. Preiskontrollen, die jedoch die dynamischen und allokativen Funktionen des Marktes weitgehend einschränken, stehen hier die sich um Marktkonformität bemühen Vor-

²⁰ Vgl. hierzu auch die Diskussion der lohnpolitischen Erfahrungen in Schweden und Österreich bei Aberg (1994), Guger (1990), Guger/Polz (1994), Meidner (1994).

schläge einer "Tax based Incomes Policy" (TIP)²¹ (vgl. Wallich/Weintraub 1971) und einer Zertifikatslösung im Rahmen eines "Market Anti inflation Plan" (MAP)²² (vgl. Lerner/Colander 1979) zur Verfügung.

3. Schlußbemerkungen

Es ist verdeutlicht worden, daß die Aufgaben der Einkommenspolitik nicht nur in der Beschneidung der Verteilungsansprüche der abhängig Beschäftigten zwecks Harmonisierung von privatwirtschaftlich bestimmter Einkommensverwendung und funktionaler Einkommensverteilung zu suchen sind. Einkommenspolitik ist daher nicht nur ein Instrument zur Vermeidung von Inflation, das zu diesem Zweck im übrigen zusätzlich einer zinspolitischen Flankierung bedarf. Sie hat zusätzlich zu berücksichtigen, daß die funktionale Einkommensverteilung eine wesentliche Determinante der privaten Investitionstätigkeit ist. Einkommenspolitik kann daher auch zur Beeinflussung der privaten Investitionstätigkeit beitragen und von dieser Seite eine expansive Wirtschaftspolitik unterstützen. Allerdings setzt eine solche Orientierung der Einkommenspolitik voraus, daß die wirtschaftspolitischen Handlungsträger in der Lage sind, das jeweils zugrundeliegende Akkumulationsregime und

²¹ Das Modell einer "Tax based Incomes Policy" (TIP) sieht vor, die Profite der Unternehmen, die Nominallohnsteigerungen über eine einkommenspolitisch für die Gesamtwirtschaft festgelegte Wachstumsrate hinaus gewähren, zusätzlich zu besteuern, um so das Nominallohnwachstum und damit die Inflationsrate zu begrenzen (vgl. auch Layard 1982 und Wallich/Stockton 1989). Die Grundlage für diesen Vorschlag bildet die Überlegung, daß die Unternehmen einer Mark-up-Preissetzung folgen, wobei dieser Mark-up und damit die funktionale Einkommensverteilung im Zeitverlauf relativ konstant seien. Preisniveausteigerungen werden diesem Vorschlag zufolge deshalb ausschließlich durch die Nominallohnentwicklung und die Produktivitätsentwicklung bestimmt. Gelingt es daher, im Rahmen einer "Tax based Incomes Policy" das Nominallohnwachstum zu kontrollieren, so sei eine zusätzliche Beeinflussung von Preisen und Profiten nicht erforderlich. Da eine längerfristige Konstanz des Mark-ups und damit der Einkommensverteilung jedoch weder theoretisch noch empirisch begründet werden kann, sollte mit Hilfe dieses Instruments nicht nur die Lohn-, sondern auch die Preisentwicklung gesteuert werden.

²² Die Zertifikatslösung schlägt vor, die Steigerungen des preisbewerteten Outputs pro Arbeiter, die über die durchschnittliche reale Outputsteigerung pro Arbeiter in der Ökonomie hinaus gehen und damit einen Anstieg des Preisniveaus verursachen, an den Kauf von handelbaren Zertifikaten, die von der Regierung oder der Zentralbank ausgegeben werden, zu binden. Das Gesamtvolumen dieser Zertifikate wird von der ausgebenden Stelle dabei so dimensioniert, daß die gesamtwirtschaftliche Preissumme mit einer an der Wachstumsrate des gesamtwirtschaftlichen Realproduktes orientierten Rate wächst, so daß Preisniveaustabilität oder nur eine geringe Inflationsrate entsteht. Die Preisentwicklung in den einzelnen Produktionszweigen bleibt auch hier dem Marktprozeß überlassen, indem Produktionszweige, die ihren Spielraum zur Erhöhung ihrer Preissumme nicht ausschöpfen oder gar eine Preisreduktion planen, ihre Zertifikate an die Produktionszweige verkaufen, die entsprechende überdurchschnittliche Preiserhöhungen planen. Da dieses Instrument nur auf die Kontrolle des Preisniveaus abzielt, ist hier ein Nominallohnanstieg über das Produktivitätswachstum hinaus nicht ausgeschlossen. Damit kann sich aber eine nicht beabsichtigte Veränderung der funktionalen Einkommensverteilung mit negativen Einflüssen auf Investitionen und Beschäftigung ergeben, wie oben für das "exhilaration-Regime" oder das "antagonistische Stagnationsregime" verdeutlicht wurde. Auch das Zertifikatsinstrument sollte sich daher auf die Beeinflussung von Preisniveaumentwicklung und durchschnittlicher Nominallohnentwicklung erstrecken, um so die funktionale Einkommensverteilung wirtschaftspolitisch zu kontrollieren.

damit den jeweils vorherrschenden Zusammenhang von funktionaler Einkommensverteilung, Investitionen und Beschäftigung einwandfrei zu identifizieren. Hierin dürfte freilich das größte Problem eines diesbezüglichen Einsatzes der Einkommenspolitik liegen.

Gelingt es, eindeutige Anforderungen an die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung zu formulieren, so sollte eine effektive Einkommenspolitik durch Beeinflussung von Lohn- und Preisentwicklung versuchen, diese durchzusetzen. Die einkommenspolitische Beeinflussung von Lohn- und Preisentwicklung sollte sich dabei auf die gesamtwirtschaftliche Ebene beziehen und nicht auf branchen- oder gar firmenspezifische Lösungen setzen, um so Produktivitätsentwicklung und Strukturwandel nicht zu blockieren. Als Instrumente zur Durchsetzung von Einkommenspolitik bieten sich Steuer- oder Zertifikatslösungen an, die die allokativen und dynamischen Funktionen des Marktes weniger einschränken als administrative Lohn- und Preiskontrollen.

Eine diesen Anforderungen genügende Einkommenspolitik bietet keine umfassende Lösung für die gegenwärtigen Beschäftigungs-, Verteilungs- und Strukturprobleme. Eine problemadäquate Einkommenspolitik ist jedoch ein notwendiger Bestandteil eines umfassenden Maßnahmen-Mixes, der gleichzeitig die Behebung der Probleme der aggregierten Nachfrage durch eine adäquate Geld- und Finanzpolitik sowie der Strukturprobleme durch eine entsprechende Industrie- und Arbeitsmarktpolitik zum Ziel haben und im Rahmen eines Sozialpaktes, der die Aktionen der wirtschaftspolitischen Handlungsträger koordiniert, umgesetzt werden sollte.

Literatur

- Aberg, R. (1994): Wage Control and Cost Push Inflation in Sweden since 1960, in: Dore, R., Boyer, R., Mars, Z. (Hg.), *The Return to Incomes Policy*, London, S. 71-93.
- Arestis, P. (1996): Post-Keynesian Economics: Towards Coherence, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 20, 1996, S. 111-135.
- Bhaduri, A., Marglin, S. (1990): Unemployment and the Real Wage: the Economic Basis for Contesting Political Ideologies, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 14, 1990, S. 375-393.
- Crouch, C. (1994): Incomes Policies, Institutions and Markets: An Overview of Recent Developments, in: Dore, R., Boyer, R., Mars, Z. (Hg.), *The Return to Incomes Policy*, London, S. 175-196.
- Guger, A. (1990): Verteilungspolitik als Strukturpolitik. Die fehlende Dimension des Austrokeynesianismus, in: *Memo-Forum, Sonderband 1: Steuerungsprobleme der Wirtschaftspolitik*, Bremen, S. 93-104.
- Guger, A., Polt, W. (1994): Corporatism and Incomes Policy in Austria: Experiences and Perspectives, in: Dore, R., Boyer, R., Mars, Z. (Hg.), *The Return to Incomes Policy*, London, S. 141-160.
- Hagemann, H. (1996): Comment, in: *International Review of Applied Economics*, Vol. 10, 1996, S. 85-90.
- Hein, E. (1996): Geld, effektive Nachfrage und Kapitalakkumulation: Eine Betrachtung aus Marxscher, Keynescher und post-keynesianischer Perspektive, Berlin (im Erscheinen).
- Hein, E., Krämer, H. (1996): Different Regimes of Income Distribution and Capital Accumulation: Significance and Recent Developments, in: Stöcker-Venkatarama, O. (Hg.), *Aspects of the Distribution of Income*, Marburg (im Erscheinen).
- Kaldor, N. (1955/1956): Alternative Theories of Distribution, in: *The Review of Economic Studies*, Vol. 23, 1955/56, S. 83-100.
- Kalecki, M. (1956), *Theory of Economic Dynamics*, 3. Aufl., New York.
- Kalmbach, P. (1991): Die Produktivität ist kein geeigneter Maßstab für die Lohnentwicklung, in: *Wirtschaftsdienst* 1991/I, S. 11-14.
- Kalmbach, P. (1996): Nur noch Mangelverwaltung - oder: Beschäftigungspolitik am Ende?, in: Eicker-Wolf, K. u.a. (Hg.), *Wirtschaftspolitik im theoretischen Vakuum?*, Marburg, S. 97-115.
- Keynes, J.M. (1936): *General Theory of Employment, Interest and Money*, San Diego u.a. 1964.
- Krämer, H. (1996): Bowley's Law, Technischer Fortschritt und Einkommensverteilung, Marburg.
- Kromphardt, J. (1993): Zur Ausgestaltung einer zeitgemäßen Globalsteuerung, in: *WSI Mitteilungen*, 7/1993, S. 409-415.

- Krupp, H.-J. (1994): Die Koordination von Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik als Aufgabe der Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftsdienst, 1994/IV, S. 208-216.
- Külp, B. (1994): Verteilung. Theorie und Politik, 3. Aufl., Stuttgart.
- Lavoie, M. (1993): A Post-Classical View of Money, Interest, Growth and Distribution, in: Mongiovi, G., Rühl, C. (Hg.), Macroeconomic Theory: Diversity and Convergence, Aldershot, Brookfield, S. 3-21.
- Layard, R. (1982): Is Incomes Policy the Answer to Unemployment?, in: Economica, Vol. 49, 1982, S. 219-239.
- Lerner, A., Colander, D.C. (1979): MAP: A Cure for Inflation, in: Colander, D.C. (Hg.), Solutions to Inflation, New York u.a., S. 210-220.
- Marglin, S.A., Bhaduri, A. (1990): Profit Squeeze and Keynesian Theory, in: Marglin, S.A., Schor, J.B. (Hg.), The Golden Age of Capitalism. Reinterpreting the Postwar Experience, Oxford, S. 153-186.
- Meidner, R. (1994): Modell Schweden - Erfolge, Schwächen und Zukunftsperspektiven der schwedischen Gewerkschaftsbewegung, in: WSI Mitteilungen, 1/1994, S. 1-12.
- Nuti, D.M. (1972): On Incomes Policy, in: Hunt, E.K., Schwartz, J.G. (Hg.), A Critique of Economic Theory, Harmondsworth, S. 431-441.
- Oberhauser, A. (1996): Die Bedeutung der Kreislauftheorie der Verteilung für Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Vol. 215/2, 1996, S. 129-142.
- Priewe, J. (1996): Die Suche nach den Ursachen der Krise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4/1996, S. 427-436.
- Priewe, J. (1996a): Möglichkeiten und Grenzen keynesianischer Geld- und Fiskalpolitik - Überlegungen zur Rehabilitation einer Steuerungskonzeption, in: Eicker-Wolf, K. u.a. (Hg.), Wirtschaftspolitik im theoretischen Vakuum?, Marburg, S. 117-170.
- Riese, H. (1981): Theorie der Produktion und Einkommensverteilung, in: Kyklos, Vol. 34, 1981, S. 540-562.
- Riese, H. (1986): Theorie der Inflation, Tübingen.
- Rothschild, K.W. (1984/85): Some Notes on Weintraub's Eclectic Theory of Income Shares, in: Journal of Post Keynesian Economics, Vol. 7, 1984/85, S. 575-593.
- Rothschild, K.W. (1986/87): Is there A Weitzman Miracle?, in: Journal of Post Keynesian Economics, Vol. 9, 1986/87, S. 198-211.
- Rothschild, K.W. (1989): Der Weitzmanplan - Darstellung und Kritik, in: Emmerich, K., Harges, H.-D. (Hg.), Einzel- und gesamtwirtschaftliche Aspekte des Lohnes, Nürnberg, S. 176-188.
- Steindl, J. (1952): Maturity and Stagnation in American Capitalism, 2. Aufl. 1976, New York, London.

- Wallich, H.C., Stockton, D.J. (1989): A Macroeconomic Perspective on Tax-Based Incomes Policy, in: Kregel, J.A. (Hg.), Inflation and Income Distribution in Capitalist Crisis, Basingstoke, S. 47-67.
- Wallich, H.C., Weintraub, S. (1971): A Tax-based Incomes Policy, in: Journal of Economic Issues, Vol. 5, 1971, S. 1-19.
- Weitzman, M.L. (1985): Profit Sharing as Macroeconomic Policy, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 75, 1985, S. 41-45.
- Weitzman, M.L. (1985a): The Simple Macroeconomics of Profit Sharing, in: American Economic Review, Vol. 75, 1985, S. 937-953.